

Sabine Bösing, Dr. Barbara Peters-Steinwachs, Dr. Maria Goetzens

Podiumsdiskussion

„Recht auf Gesundheit für Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation“

Sicherstellung der medizinische Versorgung von Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation aus der Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) e.V.

Inhalt des Beitrags:

Wohnungslose und von Wohnungsnot betroffene Menschen zählen zu einer gesundheitlich hoch belasteten Bevölkerungsgruppe, die von der regulären Gesundheits- und Krankenversorgung nahezu ausgeschlossen sind. Zahlreiche Barrieren erschweren den Zugang zum Regelsystem bzw. machen ihn unmöglich, dazu zählen u.a. strukturelle Barrieren. In diesem Kontext finden die niedrigschwelligen Medizinischen Projekte ihren Platz und ihre zwingende Existenznotwendigkeit. Oft können sie nur eine Grundversorgung abdecken, die Weiterbehandlung ist meist nicht sichergestellt. Es fehlt eine nachhaltige Finanzierung und Absicherung von Projekten zur medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen. Viele werden durch ehrenamtliches Engagement und Spenden getragen. Projekte und Angebote, die regelhaft finanziert werden, stellen eine Minderheit dar.

An der Diskussion beteiligt waren:

Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/ Die Grünen)

Harald Weinberg (Die Linke)

Dr. Cevat Kara (Ärzte der Welt)

Dr. Maria Goetzens (Elisabeth-Straßenambulanz, Caritasverband Frankfurt e.V.)

Dr. Barbara Peters-Steinwachs, (Sprecherrat der AG Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in der BAG W)

Die Diskussion basierte auf den Empfehlungen der BAG W.

Die Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation wurden vorgestellt von Dr. Barbara Peters-Steinwachs, .Sprecherrat der AG Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in der BAG W Die Präsentation ist angefügt.

Zentrale Forderungen u.a.:

- Menschenrecht auf Gesundheit für alle umsetzen und einen Zugang zur medizinischen Versorgung allen Menschen gewähren.

- eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der medizinischen Versorgungsprojekte durch einen gemeinsamen Fonds von Kassenärztlicher Bundesvereinigung, Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und öffentlicher Hand
- zur Notfallversorgung nicht-versicherter Patientinnen/Patienten ein Härtefallfonds auf Bundesebene von GKV, KBV und öffentlicher Hand
- die besonderen Bedürfnissen von Patientinnen und Patienten in Mehrfach-Problemlagen in den Angeboten und Maßnahmen berücksichtigen
- Einrichtung von Clearingstellen, um schnellstmögliche Abklärung des Versicherungsstatus zu ermöglichen und damit eine medizinische Versorgung sicherzustellen

Frau Dr. Maria Goetzens konnte leider nicht persönlich anwesend sein, aber ihr Beitrag über die Erfahrungen der Elisabeth-Straßenambulanz 2018 in Frankfurt konnten vorgestellt werden. Die Präsentation ist ebenfalls angefügt.

Hier einige interessante Trends und Aussagen:

- Deutlicher Anstieg der Patienten/-innen mit Alter von 70 und älter; 13 Personen waren älter als 80 Jahre!
- Lediglich 291 Personen machten Angaben zu einem geregelten Leistungsbezug (z.B. nach dem ALG, Pension, Rente, Grundsicherung), das entspricht 21% aller Patienten/-innen.
- Die Mehrheit der Patienten/-innen (51%) lebte in prekären Lebenslagen (auf der Straße =Platte, Winternotübernachtung, Autos, Garagen, Gartenhütten).
- Der Anteil der Patienten/-innen mit Deutscher Staatsangehörigkeit ist in 2018 noch einmal gesunken und lag bei 26% gegenüber knapp 30% im Vorjahr.
- Es wurden insgesamt 1026 ausländische Patienten/-innen aus 78 Nationen behandelt. Nach wie vor sind die Menschen aus Bulgarien und Rumänien die stärkste Gruppe.
- Bedrückend ist die Lage mit Blick auf illegalisierter Menschen im Krankheitsfall (2018 n= 44). In der Regel suchen sie selbst niedrigschwellige Hilfsangebote erst spät auf oder brechen Therapien aus Angst vor Verhaftung frühzeitig ab.
- Im Durchschnitt gab es pro Patient 2,13 Kontakte; jeder Patient wurde durchschnittlich 5,4mal behandelt. Dies ist eine Steigerung.
- Auch der Anteil an psychiatrischen Behandlungen nahm zu (um 40%) – ein Indikator für die hohe Akzeptanz dieses niedrigschwelligen Fachbehandlungsangebotes und das Engagement auch der ehrenamtlichen Fachärzte!
- Im Vergleich zu früheren Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Abhängigkeitserkrankungen zu verzeichnen.
- Das, was tagtäglich an Beziehungsarbeit hinsichtlich einer gelingenden therapeutischen Beziehung zu den Patientinnen und Patienten in der Elisabeth-Straßenambulanz geleistet wird, lässt sich in bekannten „Kennziffern“ nur schwer abbilden.
- In 2018 wurden 240 Patienten/-innen, also 17% ausschließlich durch unseren aufsuchenden Dienst betreut.
- Diese Niedrigschwelligkeit hat sich bewährt.

Insbesondere folgende Aspekte wurden in der Diskussion vertieft:

- a.) Besondere Bedarfslagen von Menschen in Wohnungsnot und Armut
- b.) Sicherung eines verbesserten Zugang zur medizinischen Regelversorgung von wohnungslosen Menschen
- c.) Möglichkeiten der ausreichenden und nachhaltig gesicherten Finanzierung von medizinischen Projekte

Es herrschte Übereinstimmung bei allen an der Diskussion Beteiligten, dass es weiter gemeinsame Anstrengungen braucht, um das Recht auf Gesundheit für alle Menschen umzusetzen.

Kontakt

Sabine Bösing, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.,

Boyenstr. 42, 10115 Berlin

sabineboesing@bagw.de, www.bagw.de